

Gerhard Botz über

Die österreichische Diktatur

HISTORICUM: Fangen wir mit dem Industriellenpapier an, das in diesem Heft in voller Länge abgedruckt ist. [Kasten S. 28–29] Das Papier liegt im Archiv im Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. Der unbekannte Autor, er ist offensichtlich ein Insider, stellt darin Überlegungen darüber an, wie man das, was man als Krise oder Stillstand empfindet, lösen kann. Der Autor meint, daß es gar nicht so einfach sei, eine einheitliche Position ›der Wirtschaft‹, also der Unternehmer oder der Verbandsfunktionäre, zu finden, einfach weil die Interessen der verschiedenen Unternehmen zu unterschiedlich sind. Die einen wollen Protektionismus, die anderen nicht. Die einen möchten, daß die öffentlichen Haushalte sparen, andere haben ein gegenteiliges Interesse. Jetzt ist die Frage, ob es in der Bewegung hin zur Diktatur und dann beim Agieren in der Diktatur eine klare Rolle von Unternehmern gibt? Oder bleiben die im Hintergrund, bleiben sie unerkennbar? Gibt es überhaupt ›die Wirtschaft‹ als Akteur?

Verbandspolitik und politische Optionen

GERHARD BOTZ: ›Die Wirtschaft‹ als Akteur gibt es nicht. Das kann man von vornherein ausschließen. Wenn von ›der Wirtschaft‹ gesprochen wird, ist das von beiden Seiten eine ideologische Angelegenheit: Die ›Wirtschaft‹ spricht für sich, und die Kritiker, die Sozialdemokraten, sprechen von der Gegenseite als ›der Wirtschaft‹, ›den‹ Unternehmen. Entscheidend ist, daß dieses Industriellenpapier offenbar von einem Verbandsfunktionär stammt: Der Autor hat einen Überblick, er ist imstande, die verschiedenen Interessen zu moderieren. Das ist nicht ein einzelner Großunternehmer, der eine einzige Position vertritt, sondern er vertritt verschiedenartige Unternehmerinteressen, wie sie in einem Verband zusammengefaßt sind. Karl Haas vermutet als Autor Robert Ehrhart, der bis 1918 Sektionschef und seit 1921 geschäftsführender Vizepräsident des Hauptverbandes der Industrie Österreichs war, oder Ludwig Urban, den Präsidenten des Hauptverbandes (er war Generaldirektor von Brevillier-Urban).¹ Im Institut für Zeitgeschichte liegt das Papier im Nachlaß Ehrhart. Dieses Papier, so wie andere ähnliche Überlegungen aus dieser Zeit (es gibt sie auch in Deutschland) handelt verschiedene Zugänge in einer gewissen Weise rational ab. Der Autor gibt keiner Position einen eindeutigen Vorteil und ist nicht ganz einseitig mit bestimmten Interessen verbunden. Er sieht im wesentlichen drei Möglichkeiten: Eine Austerität-Politik mit bürgerlicher Dominanz, eine Koalitionslösung auch mit der Sozialdemokratie und eine Regierung der Notverordnungen.

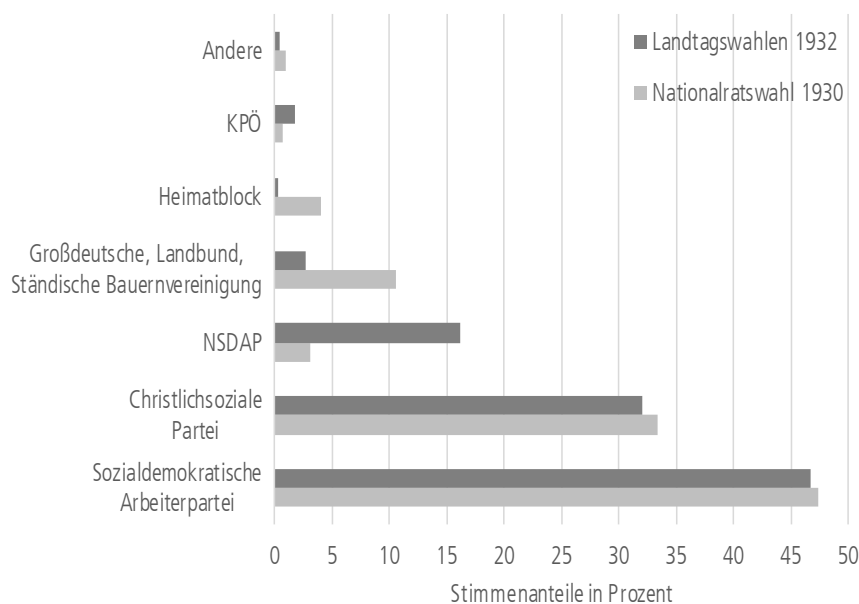
Anscheinend ist er ja bereit, jede beliebige Koalition zu machen oder zu propagieren, die funktioniert. Also er hat keine prinzipielle Aversion gegen irgend jemanden, sondern es geht immer nur um die Frage, ob es praktisch machbar ist.

Stimmt. Das ist ganz wichtig, weil sich daraus ergibt, daß es wahrscheinlich in ›der Wirtschaft‹ nur ein wesentliches Interesse gibt, nämlich daß es im eigenen Bereich gut geht, das heißt wirtschaftlich gut geht. Was in dieser Hinsicht am günstigsten erscheint, wird unterstützt. Der Bürgerkrieg ist daher ein Problem, auch die Diktatur ist ein Problem. Es spiegeln sich in diesen drei so rational dargestellten Positionen natürlich auch öffentliche Diskurse wider. Das sind Überlegungen, wie sie in dieser Zeit sicher zur Diskussion gestanden sind. Norbert Leser hat das zugespitzt und gefragt, ob nicht eine große Koalition den Kollaps der Demokratie hätte verhindern können. Dagegen gibt es die Gegenposition, daß das hoffnungslos gewesen wäre, weil das Regime ohnehin auf eine Diktatur hingesteuert hätte. In diesem Papier ist diese Variante einer großen Koalition interessanterweise vertreten. Die erste Position einer Erweiterung der bürgerlichen Majorität durch Einbeziehung der Großdeutschen darf man übrigens nicht als Ausdruck einer besonderen deutschnationalen Orientierung empfinden.

Nein, da geht es rein um die Frage, ob man mehr Unterstützung im Nationalrat bekommt.

Richtig. Und ich glaube, daß das sehr stark auch der Dollfußschen Position entspricht. Dollfuß sucht im Frühjahr 1932 Unterstützung, wo sie zu finden ist. Die Sozialdemokraten, das ist längst ausdiskutiert, sind 1932 nicht zum Regierungseintritt bereit. Nachdem die Großdeutschen wegen des Einbruchs der Nationalsozialisten in ihre Kernschichten aus ihrem eigenen Interesse aussteigen müssen, bleibt Dollfuß praktisch nur mehr der Heimatblock (zusätzlich zum Landbund). Dahinter steht primär eine regierungspolitische Kalkulation.

Das Problem war, daß sich mit Landbund und Heimatblock nur eine knappe Mehrheit ergeben hat. Doch hält dieser Industriellen-Autor, wie gesagt, noch Ende August 1932 eine Koalition mit den Sozialdemokraten nicht prinzipiell für unmöglich. Er schreibt zwar, es sei schwer, dafür eine breite Akzeptanz unter den Christlichsozialen zu finden, aber er schreibt nicht, daß das von vornherein ausgeschlossen wäre. Wäre es noch möglich gewesen? Von beiden Seiten aus gesehen? Wären die Sozialdemokraten mitgegangen?



Ergebnisse der Nationalratswahl 1930 und der Landtagswahlen 1932 in Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg. Daten: Statistische Nachrichten; Franz Schausberger, *Ins Parlament, um es zu zerstören. Das parlamentarische Agi(t)ieren der Nationalsozialisten in den Landtagen von Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg nach den Landtagswahlen 1932, Wien/Köln/Weimar 1995.* Graphik: HISTORICUM

Die Sozialdemokratie 1932

Das ist die Zeit der Auseinandersetzung um die Lausanner Anleihe. Der Lausanner Vertrag wird am 15. Juli 1932 unterzeichnet, am 17. August ist der Beschluß des Nationalrats, am 19. August der Einspruch des Bundesrats, am 23. August der Beharrungsbeschluß im Nationalrat. Das Industriellen-Papier ist also unmittelbar danach geschrieben worden und bevor der autoritäre Kurs offensichtlich wird – das ist erst ab Oktober 1932 der Fall.

Das Parlament hat aber noch bis Anfang März 1933 funktioniert. Ja, aber am 1. Oktober 1932 kommt es schon im Zusammenhang mit der Creditanstalt-Krise beziehungsweise mit der gerichtlichen Verantwortlich-Machung von deren »Verantwortlichen«, zu einer Art Notverordnung unter Berufung auf das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz.² Und im Sommer 1932 ist die Sozialdemokratie jedenfalls eindeutig gegen die Lausanner Anleihe gewesen, hat erfolgreich einen Einspruchsantrag im Bundesrat eingebracht, und bei den beiden Abstimmungen im Nationalrat ist sie nur ganz knapp mit 81:80 beziehungsweise 82:80 unterlegen.

Heißt das, daß die Kooperation an den Sozialdemokraten gescheitert ist?

Die Sozialdemokratie war im Sommer 1932 noch guter Dinge. Das war nach den Landtags- und Gemeinderatswahlen im April, bei denen die Sozialdemokraten im Vergleich mit der Nationalratswahl 1930 zwar in Salzburg einiges verloren hat (25,6 Prozent 1932 gegenüber 30,0 Prozent 1930), in der Steiermark weniger (34,8 Prozent gegenüber 35,7 Prozent) und in Wien überhaupt nicht (bei beiden Wahlen 59,0 Prozent) [Vgl. die Graphik oben]. Bei den Christlichsozialen war das Ergebnis gemischt, und die Heimwehr war fast pulverisiert (die Großdeutschen auch). Die Nationalsozialisten, die die Sozialdemokratie unterschätzt hat, haben im Frühjahr 1932 überhaupt erst begonnen, wirklich ins Bild zu treten. Wesentlich war, daß sich die Sozialdemokratie in Wien blendend gehalten hat; die Ergebnisse in den Bundesländern

hat man auf die Seite geschoben. Also die Sozialdemokratie war im Sommer 1932 noch der Meinung, sie müßte nur ihre Linie fortsetzen, dann würde sie ohnehin die Mehrheit bekommen.

Also der Preis eines Regierungseintritts wäre zu hoch gewesen, weil man dann nachher nicht mehr die Mehrheit bekommen würde?

Weil der Regierungseintritt natürlich bedeutet hätte, daß man an der Neuauflage einer Sanierung hätte mitwirken müssen.

Was den Nationalsozialisten geholfen hätte? Weil die Unzufriedenen dann die Nationalsozialisten gewählt hätten und nicht eine Sozialdemokratie, die in der Regierung gesessen wäre?

Prinzipiell ja. Ich habe allerdings nirgendwo einen Hinweis gefunden, daß schon im Sommer 1932 die Sozialdemokraten den Einbruch in den provinziellen Arbeitermilieus ernst genommen hätten.

Sie haben sich nicht durch die Nationalsozialisten bedroht gefühlt?

Nein, weil sie ja Wien gehabt haben.

Aber es ist doch so, wie man es ja aus der jüngsten Vergangenheit kennt, daß es da eine gewisse Konkurrenz zwischen der Sozialdemokratie und der äußersten Rechten gibt.

Das ist jetzt viel stärker als damals.

Aber es gab doch auch bei den Nationalsozialisten einen proletarischen Wähleranteil.

Nicht so viel wie heute bei der FPÖ.

Vielleicht anteilmäßig nicht so viel, aber im ländlichen Proletariat, auch in der Landwirtschaft, haben doch die Nationalsozialisten eine Alternative geboten.

Heimwehren und Nationalsozialismus 1932

Die historischen Wahlanalysen, etwa von Jürgen Falter und Dirk Hänisch, ergeben, daß die Anfälligkeit für Faschismen, seien es Heimwehren, seien es Nationalsozialisten, nicht auf dem flachen Land am stärksten war. Bei der Heimwehr wundert es einen vielleicht, aber auch die Heimwehr war nicht in erster Linie auf dem flachen Land stark. Das flache Land

war bäuerlich-christlichsozial. Für Faschismen anfällig waren eher die kleinen Zentren, die Marktgemeinden, die Kleinstädte, wo es schon einen größeren Dienstleistungssektor und Industrie gibt, wie Franziska Schneeberger in ihrer Salzburger Dissertation über die Sozialstruktur der Heimwehr schon 1988 nachgewiesen hat. Die Landwirtschaft ist erst 1938 umgefallen.

Für die Unterschicht im alpinen Bereich war doch wahrscheinlich die Alternative Heimwehr oder Nationalsozialismus. Wie war es für das städtische Proletariat, was war da die Alternative zur Sozialdemokratie: Die Heimwehr? Und nicht Nationalsozialisten versus Sozialdemokratie?

Die Alternative war dort (verstärkt ab 1933), von der Sozialdemokratie zur NSDAP zu gehen. Es gab da die katastrophalen Wahlergebnisse in Innsbruck.

Das hat man auf Seiten der Sozialdemokratie nicht wahrgenommen? Robert Danneberg hat Analysen gemacht, mit einfachen statistischen Mitteln, die sehr interessant und aufschlußreich sind. Trotzdem hat Otto Bauer eigentlich bis Februar 1938 den Nationalsozialismus unterschätzt. Die Sozialdemokraten haben immer gebannt auf den aktuellen Faschismus geschaut, und das war zu dieser Zeit die Heimwehr, das war Mussolini, mit den Querverbindungen zur Alpine-Montan-Gesellschaft. Daß sich daneben in Deutschland etwas anderes vollzieht, hat man natürlich wahrgenommen, aber für die Situation hier weniger wichtig genommen. Österreich war ja eher spät dran: Noch 1932 haben die Nationalsozialisten im gesamtstaatlichen Durchschnitt nur 16 Prozent erreicht. Da waren sie in Deutschland schon bei 33 Prozent. Mussolini hat schon zehn Jahre regiert. Jedenfalls hätte es unter den Sozialdemokraten keine einhellige Meinung gegeben. Selbst Karl Renner hat 1932 nicht mehr die Koalition befürwortet.

Aber das heißt, auf Seiten der Sozialdemokratie wäre der Grund, einen Regierungseintritt zu verweigern, die Erwartung gewesen, daß einem irgendwann einmal die Mehrheit in den Schoß fallen würde. Ja, die haben ja den Lauf der Geschichte als »Automatismus« hinter sich. Das ist der Austromarxismus: Die Krise bringt den Sozialismus. Das ist ein Automatismus.

Das haben sie wirklich geglaubt.

Die Theoretiker haben daran geglaubt, und die einfachen Anhänger, die haben halt die Hahnenschwanzler nicht leiden können.

Aber die hätte man ja dann nicht mehr gebraucht.

Aber die »Kerzerlschlucker«, die Klerikalen, haben sie auch nicht ausgehalten. Es hat natürlich einige wenige Vertreter gegeben, mit denen man hätte reden können, aber die Debatte war in Wirklichkeit erledigt. Die Christlichsozialen und Dollfuß haben im August 1932 primär darum gekämpft, die Lausanner Anleihe durchzubringen, um die Staatsfinanzen wieder einmal zu retten, damit nicht der Bankrott kommt, der ja ständig gedroht hat. Und mit einer solchen Wirtschaftspolitik konnte man keine große Freude bei den Sozialdemokraten erwecken. Heute würde man »Austeritätspolitik« sagen, also sicher Einschränkungen in der Sozialpo-

litik. Das hätte einen Verzicht der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften auf die Durchsetzung ihrer Interessen erfordert. Das hat man von ihnen nicht verlangen können, ohne Zwang und nur indem man sich mit ihnen an den Tisch setzt. Auch nach der Dollfuß-Logik wäre das schwierig gewesen.

Der Industriellen-Autor schreibt, man müßte den Sozialdemokraten Opfer bringen, die man nicht bringen möchte.

Das ist das Wesentliche. Man müßte echte Opfer bringen, und die will der Verbandsfunktionär auch nicht.

Vor allem will er sich als Interessenvertreter nicht dafür stark machen, weil es sonst nachher heißen würde, die Industriellen hätten es ja so gewollt und müßten das jetzt akzeptieren.

Die autoritäre Option

Ja. Er ist dann für eine autoritäre Lösung, aber es ist eben ein Instrument.

Autoritäre Lösung, als die dritte Variante nach der Koalition mit den Großdeutschen und der Koalition mit der Sozialdemokratie: So wie er das darstellt, klingt es aus einer heutigen Sicht merkwürdig, weil eine autoritäre Lösung für heutige Begriffe ja unmöglich ist. Er stellt es so dar, als wäre es zwar nicht vollkommen selbstverständlich, aber sozusagen verträglich. Er schreibt, daß diejenigen, die nicht ohnehin schon in der Regierung sind, sich nicht trauen würden. Es müßte das also der »legitime Machthaber«, die bereits amtierende Regierung machen, denn alle anderen wären zu feig dafür. Wenn es der »legitime Machthaber« macht, dann klingt das ein bißchen wie eine kleine Ausweitung der Befugnisse, irgendwie harmlos. Ist das der Stil der Zeit? Rundherum gibt es ja autoritäre Regime.

Ja, das darf man nicht übersehen. Ich glaube, daß man heute in Österreich immer noch nicht das gleichzeitige System Brüning und die Rückwirkungen auf Österreich bedenkt. Hauptgesprächspartner für alle in Österreich war die Weimarer Republik, selbst für die Christlichsozialen, obwohl die vielleicht auch auf Ungarn geschaut haben; die Heimwehr hat sich natürlich nach Italien orientiert. Die Sozialdemokraten haben eher nach Deutschland geschaut; erst recht die Deutschnationalen. Autoritäre Staaten gab es fast überall. Selbst die Tschechoslowakei war anfällig. Polen. Der ganze Balkan, die neuen Staaten wie die alten. Es liegt damals in der Luft, aber eine Sache ist klar: Es soll keine Revolution sein. Daher soll diese Umgestaltung in ein autoritäres System münden. Man könnte sagen, die Abschaffung der Demokratie soll nicht von außen erfolgen, sondern von innen her. Das hat zwei Voraussetzungen: Die eine ist, daß es im Inneren der regierenden Klasse Vertreter gibt, die diese antiparlamentarische, antidemokratische Politik mittragen können. Diese Vertreter gibt es. Der Autor hat natürlich Dollfuß im Auge, der ja zu diesem Zeitpunkt bereits Bundeskanzler war, aber vielleicht nicht als einzigen. Er denkt vielleicht an Karl Buresch und andere, Otto Ender zum Beispiel. Wohl aber nicht an die Oberösterreicher.

Er schreibt: Sogar Demokraten wie Ender und Buresch sehen ein Notverordnungsregime »als derzeit unvermeidlich« an.

Aber die sind durchaus Träger der christlichsozialen Poli-

Die letzten Nationalratswahlen der Ersten Republik fanden am 9. November 1930 statt. Am 24. April 1932 gab es Landtagswahlen in Niederösterreich und Salzburg, eine Landtags- und Gemeinderatswahl in Wien und Gemeinderatswahlen in der Steiermark und in Kärnten; am 6. November 1932 folgte die Landtagswahl in Vorarlberg, am 23. April 1933 die Gemeinderatswahl in Innsbruck. Obwohl bei Nationalratswahlen und regionalen Wahlen oft unterschiedliche Faktoren wirksam werden, gibt der Vergleich von 1930 und 1932 doch einen gewissen Eindruck von den Veränderungen innerhalb von nur eineinhalb Jahren.

Die Situation 1930 ist aus den nebenstehenden Karten erkennbar. Stärkste Partei wurde die Sozialdemokratische Partei (SDAP) mit 41 Prozent der gültigen Stimmen, danach kam die Christlichsoziale Partei mit unter 36 Prozent. Letztere kandidierte in Wien und Niederösterreich als ›Christlichsoziale Partei und Heimwehr‹, sonst als ›Christlichsoziale Partei‹. Zusätzlich kandidierte überall mit Ausnahme von Vorarlberg der Heimatblock, der in Niederösterreich ein durchschnittliches Ergebnis erreichte und insgesamt etwa 6 Prozent erzielte. Die Großdeutschen, die 1927 noch in einer Einheitsliste mit den Christlichsozialen kandidiert hatten, kandidierten nun als ›Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund‹ unter der Führung von Johann Schober (daher auch ›Schober-Block‹); sie erreichten über 11 Prozent. Die Nationalsozialisten kamen auf 3 Prozent.

Die regionalen Schwerpunkte sind aus den Karten erkennbar (es ist die unterschiedliche Skalierung für die beiden großen Parteien einerseits und die kleineren Parteien andererseits zu beachten). Angegeben ist jeweils der Anteil an den Wahlberechtigten, weil es regional unterschiedlich hohe Raten der Wahlbeteiligung und der ungültigen Stimmen gab. Nach damaligen Maßstäben niedrig mit unter 85 Prozent war die Wahlbeteiligung in Kärnten, in der Steiermark (ausgenommen in den obersteirischen Industriebezirken) und im salzburgischen Innergebirg, besonders hoch (teilweise über 95 Prozent) war die Wahlbeteiligung in Tirol und Vorarlberg. Der Anteil der Wähler, die ungültige Stimmen abgaben, war zwar generell gering, am höchsten war er mit bis gegen 3 Prozent der Wahlberechtigten aber in Tirol und Vorarlberg.

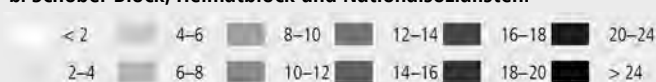
Die Ausgabe verschiedenfarbiger Stimmzettel an Männer und Frauen ermöglicht eine exakte Bestimmung des Geschlechterunterschieds im Wahlverhalten. Demnach gab es eine Partei, die Frauen wesentlich stärker ansprach als Männer, nämlich die Christlichsozialen: Bezogen auf die Wahlberechtigten, wählten 35 Prozent der Frauen, aber unter 29 Prozent der Männer die Christlichsozialen. Die Sozialdemokraten erreichten ebenfalls 35 Prozent der Frauen, aber auch 39 Prozent der Männer. Auch die kleineren Parteien waren unter den Männern deutlich erfolgreicher als unter den Frauen. Die Karten auf der nächsten Seite geben das Verhältnis dieser Prozentwerte für die beiden großen Parteien an.

Stimmenanteile der Parteien bei den Nationalratswahlen 1930 in Prozent der Wahlberechtigten, nach Gerichtsbezirken.

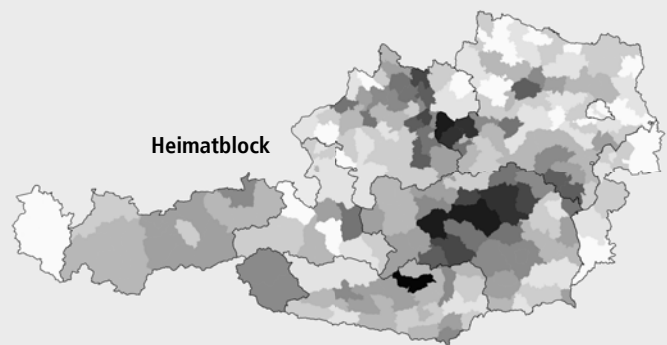
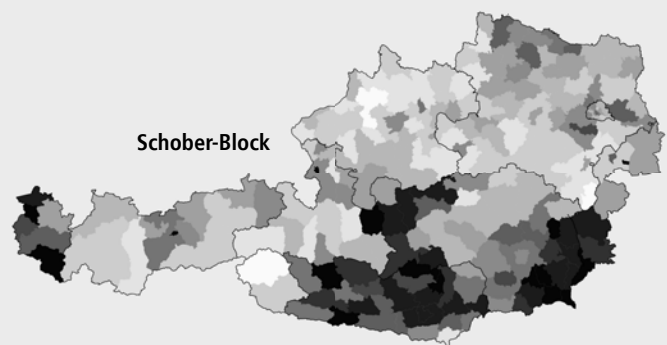
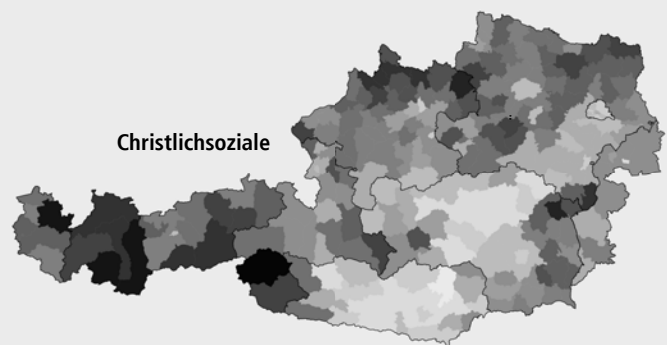
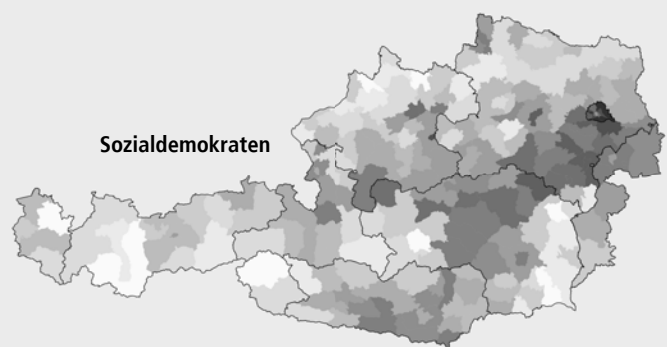
a. Sozialdemokraten und Christlichsoziale:



b. Schober-Block, Heimatblock und Nationalsozialisten:



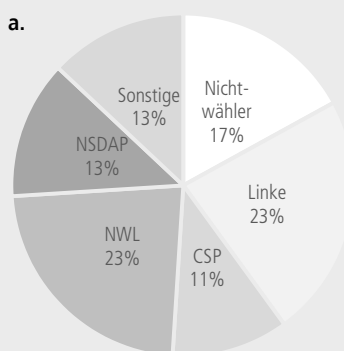
Daten: Statistische Nachrichten. Graphik: HISTORICUM



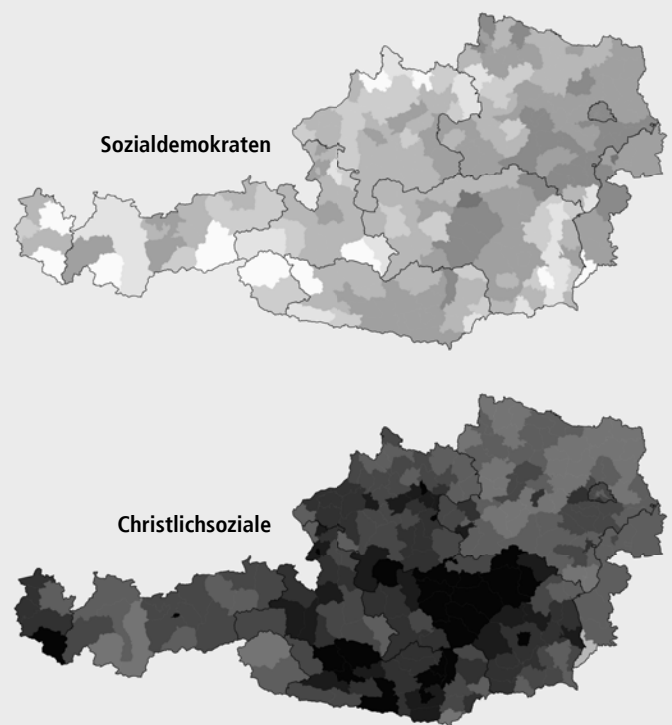
Die großen Parteien hielten sich bei den Wahlen 1932 mit verhältnismäßig geringen Verlusten, wie die Graphik auf S. 27 illustriert. Bei Addition der Stimmen aller vier Landtagswahlen dieses Jahres ergibt sich im Vergleich mit den Ergebnissen von 1930 in denselben Ländern ein Verlust von unter 1 Prozent für die Sozialdemokraten und ein Verlust von unter 2 Prozent für die Christlichsozialen. Die Sozialdemokraten verloren zwar in Salzburg und Vorarlberg stark, hielten sich aber in Niederösterreich fast und in Wien ganz unverändert. Die Christlichsozialen verloren in Wien stark, in Niederösterreich weniger, hielten sich in Vorarlberg und gewannen in Salzburg dazu. Die Großdeutschen kandidierten in Niederösterreich gemeinsam mit dem Landbund und verloren überall dramatisch. Der Landbund kandidierte 1932 in Salzburg und Vorarlberg separat und hielt seine früheren Ergebnisse. Der Heimatblock kandidierte 1932 nur mehr in Salzburg, bei mäßigen Verlusten.

Der Vergleich mit den Landtagwahlen 1927/8 ist aufgrund der Änderungen in der Listenbildung schwierig (die Christlichsozialen hatten in Wien und Niederösterreich als Einheitsliste mit den Großdeutschen kandidiert, in Salzburg hatten Großdeutsche und Nationalsozialisten eine gemeinsame Liste gebildet); klar ist allerdings, daß die großen Parteien schon vor 1930 Wähler verloren hatten.

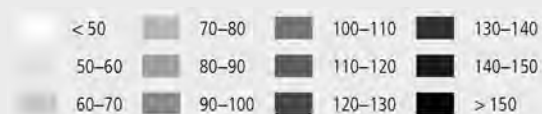
Große Gewinnerin 1932 war die NSDAP, die von 3 Prozent bei der Nationalratswahl 1930 auf über 16 Prozent bei den Landtagswahlen 1932 anwuchs. Die NSDAP-Wähler 1932 kamen aus allen Bereichen des politischen Spektrums (unten a.): gut ein Viertel hatte 1930 noch die SDAP oder die KPÖ gewählt, ein weiteres Viertel den Schober-Block, jeder neunte die Christlichsozialen; auch frühere Nichtwähler konnte die NSDAP gewinnen. Die stärkste Bindungskraft hatten die Christlichsozialen (unten b.): nur 3 Prozent ihrer früheren Wähler liefen zur NSDAP über; bei den linken Parteien taten dies 9 Prozent, beim Schober-Block gar jeder Dritte. Die NSDAP selbst schaffte es nur begrenzt, ihre Wähler dauerhaft zu binden: weniger als die Hälfte ihrer Wähler von 1930 wählten 1932 wieder diese Partei.



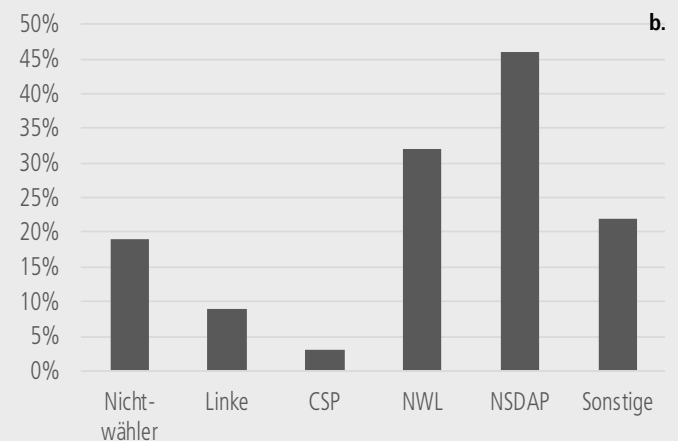
a. Stimmverhalten der NSDAP-Wähler 1932 bei den Nationalratswahlen 1930.
b. Anteil von Wählern der jeweiligen Partei 1930, die 1932 die NSDAP wählten.
 Daten: Jürgen W. Falter/Dirk Hänisch, *Wahlerfolge und Wählerschaft der NSDAP in Österreich 1927–1932*, Historical Social Research, Supplement 25 (2013), 233–259, hier 246. Graphik: HISTORICUM



Stimmverhalten von Frauen und Männern für Sozialdemokraten und Christlichsoziale bei den Nationalratswahlen 1930, nach Gerichtsbezirken, gewichtet: Anteil der jeweiligen Partei unter Frauen pro Anteil unter Männern (gleicher Anteil unter beiden Geschlechtern = 100).



Daten: Statistische Nachrichten. Graphik: HISTORICUM



tik gewesen, die ja nicht zur Gänze, aber doch, auch die Gründung der Republik mitgetragen hat. Buresch gilt als klassischer Christlichsozialer. Trotzdem sind viele Christlichsoziale bereit, wenn die Not groß ist, für die eigene Sache die Demokratie einzuschränken. Das liegt in der Luft und wird offensichtlich in der Christlichsozialen Partei oder im christlichsozialen Milieu, in den katholischen Verbän-

den und Vereinen, im Intellektuellenmilieu, im cv und so weiter diskutiert. Es wird über die »Rettung« diskutiert, so wie heute die Abschiebung Europas gegen die Flüchtlinge diskutiert wird.

Nur geht es heute bei diesem Thema nicht um einen fundamentalen Systembruch. Es ist einfach eine Materie, die man irgendwie regeln muß.

Die Flüchtlingsfrage? Das ist ein fundamentaler Bruch, meiner Meinung nach.

Bei einem Notverordnungsregime geht es darum, daß man ein normales parlamentarisches Prozedere durch Notverordnungen der Regierung ersetzt. Das ist wirklich ein fundamentaler Bruch.

Moment! Es gab das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz, das bis dahin mehrfach angewendet wurde. Die Sozialdemokraten waren dagegen, aber sie haben sich nicht durchgesetzt.

Man hat das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz als Grundlage verwendet, aber das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz ist 1917 für den Krieg und die »Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse« erlassen worden. Seine Anwendung 1932 und in den folgenden Jahren als Grundlage eines Notverordnungsregimes (bis hin zur Verordnung einer »Verfassung«!) ist also sicher rechtswidrig.

Nur liegt ein solches Notverordnungsregime in dieser Zeit in der Luft. Es hat in den kontinentaleuropäischen Gesellschaften und Staaten nur ganz wenige politische Gruppierungen gegeben, die die Demokratie bis aufs letzte erhalten wollten – in Deutschland die Deutsche Demokratische Partei, bei uns die Demokraten. Bei den Christlichsozialen war diese Idee immer wieder vorhanden und wurde stärker. In der Sozialdemokratie gab es die Geschichte mit der Diktatur des Proletariats. International läuft der Diskurs so, daß die Wirtschaftskrise eine Austeritätspolitik erfordern würde, und daß das nicht im Einvernehmen mit den Gewerkschaften möglich wäre.

Wenn die autoritäre Lösung irgendwie als Option in der Luft gelegen ist, wie verträglich war sie prinzipiell, und in welchen Formen war sie möglich? Wo waren wirklich die Grenzen für die Sozialdemokratie? War der Februar 1934 ein Unfall, oder war er unausweichlich, weil die Situation für die Sozialdemokratie unerträglich war? Oder wäre es möglich gewesen, daß die Regierung weiter ohne Parlament dahinregiert und die Sozialdemokratie stillgehalten und auf bessere Zeiten gewartet hätte? Und hätte sich umgekehrt auch die Regierung auf längere Frist damit arrangiert, daß sie dahinregiert und daß es daneben Oppositionsparteien gibt, die aber keine Rolle spielen? Man kann es auch anders sagen: War der Februar 1934 ein Geschenk für die Regierung, die jetzt alle Oppositionsparteien wegräumen konnte?

Die Unterdrückung der Sozialdemokratie

Ich glaube, daß in einer gewissen Weise der 12. Februar 1934 für die Regierung ein Geschenk gewesen ist. Ein Bürgerkrieg ist eine riskante Geschichte, aber nach einem gewonnenen Bürgerkrieg hat man immer eine stärkere Position.

Hat die Regierung Dinge gemacht, die sie nicht hätten machen können, wenn es die Sozialdemokratie noch legal gegeben hätte? Sie hat die Gewerkschaft »reorganisiert«. Das geschieht sofort, schon im Februar hat der Aufbau der Einheitsgewerkschaft begonnen. Das geht unheimlich schnell, innerhalb weniger Wochen.

Und was wäre passiert, wenn sie die Einheitsgewerkschaft nicht gehabt hätten?

Dann hätten sie einen Klassenkampffaktor gehabt, der keine Ruhe gegeben hätte, der gestreikt hätte. Das ist ja auch geschehen, 1933. Wenn es möglich gewesen wäre, hätte Dollfuß sicher (aber was heißt »sicher«?) eine Entmachtung der Sozialdemokratie ohne Blutvergießen vorgezogen. Die Heimwehr wäre auch dann aufs Ganze gegangen. Darum ist Emil Fey ein Scharfmacher, würde man heute sagen. Die Heimwehr hat nicht nur geredet, die haben schon auch »Dreinhauen« gemeint. Wie groß der Bürgerkrieg sein sollte, ist eine andere Frage, aber diese Leute waren gewaltbereit. Dollfuß hat es geschehen lassen, aber er hat anders gedacht. Dollfuß war ein Pragmatiker und ein hochintelligenter Verbandsbürokrat, der immer auch in Alternativen gedacht hat.

Aber zeigt nicht dieser sogenannte »Bürgerkrieg«, daß eine Niederhaltung der Opposition eigentlich mit recht bescheidenen Mitteln möglich war? Dieser »Bürgerkrieg« verdient doch nach heutigen Begriffen eines Bürgerkriegs diese Bezeichnung gar nicht. Es gab nicht einmal besonders viele Opfer, viel weniger, als man lange verbreitet hat, und ein großer Teil davon waren, wenn man nach den Ergebnissen von Kurt Bauer geht, zufällige Passanten. [Vgl. Kasten S. 36]

Diese These von Kurt Bauer, meinem Institutskollegen, glaube ich nicht ganz. Diese Zahlen betreffend die Passanten sind vorsichtig zu nehmen. Es gibt sie, aber Bauer hat das meiner Meinung nach bei der Debatte, die wir im *Standard* gehabt haben, übertrieben.

Trotzdem muß man doch feststellen, daß es im Lauf von drei Tagen und mit ein paar hundert Todesopfern (aufgeteilt auf beide Seiten) möglich war, die Sozialdemokratie niederzudrücken. Es war offensichtlich leicht.

Aber das hat Dollfuß nicht voraussehen können.

Meine Frage ist, was ohne den Februar 1934 möglich gewesen wäre: Es hätte beispielsweise einen Streik gegeben, die Regierung hätte ihn verboten, oder Streikbrecher hätten Zutritt bekommen; und wenn ihnen der Zutritt verwehrt worden wäre, wäre die Exekutive eingeschritten und hätte das mit Gewalt durchgesetzt. Dann wäre das wahrscheinlich auch gegangen. In den achtziger Jahren hat man gesehen, daß Regierungen Streiks durchstehen können, wenn sie gewillt sind. Thatcher ist es mit den Bergarbeitern gelungen, und es ist sogar in einem sensibleren Bereich wie den Fluglotsen in den USA gegangen. Es geht, sogar in einer Demokratie (wo es sicher schwieriger ist), und man braucht nicht einmal Gewalt. Man braucht nur gute Nerven. Man hätte also diese viel begrenztere Gewaltoption immer gehabt, um mit unangenehmen Situationen fertigzuwerden. Schlimmstenfalls wären ein paar Leute verhaftet worden.

Gewaltbereitschaft

Was Sie sagen, wäre möglich gewesen, aber das entspricht nicht mehr dem Denken der Zeit. Das wäre ja eine Konfliktlösung, die mit Verhandeln und mit dosierter Staatsgewalt, also niederschwelliger Gewalt funktioniert

Drohung mit Gewalt.

Mit Drohung, aber auch mit dosiertem Einsatz. Richtig kann das nur die Polizei, das haben sie gelernt. Das ist aber keine relevante Option.

Das heißt die Bereitschaft zum Exzeß war um soviel höher, daß es egal war, wenn es gleich zur schweren Auseinandersetzung kam? Bereitschaft zum Exzeß? Nein, »Exzeß« würde ich nicht sagen.

In dieser Gegenüberstellung: Einerseits eine Regulierung, die mit Gewaltdrohung funktioniert, andererseits mit dem Willen, es gleich mit Gewalt zu Ende zu bringen.

Es geht um die Bereitschaft zum Grundsätzlichen, um die Bereitschaft, einen Konflikt ein für alle Mal zu lösen. Das gibt es auch in der Sozialdemokratie, aber vor allem bei ihren Gegnern. Nicht umsonst empfiehlt Mussolini das, was die Sozialdemokratie absolut nicht will: die Beseitigung der Wiener Stadtverwaltung, ein Verbot der Gewerkschaften und diverse demokratiepolitische Maßnahmen. Das sind grundsätzliche Dinge. Es ist ja ein ungeheurer innenpolitischer sozialkultureller Konflikt vorhanden. Diese Konflikthaftigkeit ist auf beiden Seiten so selbstverständlich, natürlich auch bei der Regierung, daß beide zu einer moderaten Lösung überhaupt nicht mehr bereit sind. Es gab Christlichsoziale, die das schon waren – der oberösterreichische Landeshauptmann Josef Schlegel hat bis zuletzt eine andere Strategie geplant (die Verbindungen in seinem eigenen Bundesland haben besser funktioniert) –, aber sonst war Konsens normalerweise kein Ziel, auch bei den Sozialdemokraten nicht.

Und moderate Lösungen auch dann nicht, wenn der andere kuschelt? Nein, denn wer jetzt kuschelt, kann ja später wieder den Mund aufmachen. Es geht um die volle Macht. Offensichtlich ist die Erste Republik vorher eine Phase der harten Anwendung von politischen, sozialen Maßnahmen, von Streiks und so weiter. Das war ein Klassenkampf – die eine Seite hat es so genannt, und die andere hat es so empfunden und genauso gehandelt. Unter solchen Bedingungen konnte man die moderaten Mittel nicht anwenden. Autoritäres Regieren, die Idee von Notverordnungen, die Idee einer außerparlamentarischen oder nebenparlamentarischen Regierung, das hat es nicht nur in den Köpfen gegeben, das ist geschrieben und diskutiert worden. Es gab einen gesamteuropäischen oder jedenfalls kontinentaleuropäischen Diskurs, der das für notwendig erachtet hat, um Probleme zu lösen. Es gab natürlich Theoretiker, in Österreich Othmar Spann und andere, aber es war nicht nur eine theoretische Angelegenheit, sondern eine alltägliche Sache.

Es geht mir eher um Handlungsoptionen, die die Akteure wirklich für sich gesehen haben. Was wäre passiert, wenn die Sozialdemokratie genügend Zeit gehabt hätte, um wirklich die Regierungsmehrheit zu bekommen (sie war elf Mandate davon entfernt). Was hätten sie gemacht? Hätte auch sie eine autoritäre Lösung gesucht? Gerade in einer Situation, in der man die Mehrheit gerade halt mit Mühe und Not erreicht – gab es da eine autoritäre Option?

Sozialdemokratische Alternative

Ja, aber nicht so. Die Sozialdemokraten – da gilt die Sicht von Otto Bauer und Karl Renner – hätten wirklich an die 51 Prozent geglaubt. Bei 51 Prozent für die Sozialdemokratie

wäre nur die eigene Partei einbezogen gewesen, sie hätten keinen Koalitionspartner gebraucht. Und diese Partei war zentralistisch geführt, sie hätten es durchführen können; mit den Kommunisten hätten sie nichts gemacht, weil es die praktisch nicht gegeben hat.

Aber wie hätten sie auf die Bedrohung durch den Nationalsozialismus reagiert?

Die hätten mit 51 Prozent regiert. Die Sozialdemokraten haben allerdings gesagt (gesagt! – ob getan, ist eine andere Frage), wenn wir 51 Prozent haben und die Regierung Dollfuß nicht zurücktritt, dann machen wir den Aufstand, den Bürgerkrieg.

Wenn sie 51 Prozent haben, ist die Regierung ja sowieso weg.

Die Regierung à la Dollfuß muß ja nicht deswegen zurücktreten.

Dann wird der Regierung das Mißtrauen ausgesprochen. Dann kann die Regierung nicht im Amt bleiben.

Die kann im Amt bleiben, wenn man die Begleitumstände ändert.

Das wäre dann ein autoritäres Regime. Aber reden wir jetzt noch von einem alternativen Szenario im demokratischen Rahmen.

Daher tastet sich Dollfuß so vorsichtig vor, weil das langsam geändert werden muß.

Setzen wir also voraus, daß die Sozialdemokraten an einer Koalition mit den Christlichsozialen nicht interessiert waren, weil ihre Option ja darin bestand, daß sie sich vorstellen konnten, zu einer eigenen Mehrheit zu gelangen – in einem parlamentarischen System. Angenommen, sie hätten wirklich diese Mehrheit bekommen, dann hätten sie die Regierungsfunktion übernommen, denn in einem parlamentarischen System wird die parlamentarische Mehrheit die Regierung stellen können. Jetzt kann es sein, daß diese Mehrheit prekär ist, auch zum Beispiel aufgrund gewisser pragmatischer Erfordernisse in der Politik, die die Loyalität von Teilen der Partei unterminieren. Das ist ja möglich, denn es gab eine Krise, und es hätte vermutlich Maßnahmen gebraucht, bei denen nicht alle hätten mitgehen wollen. Das kann die eine Schwierigkeit sein. Das andere Problem wäre die Bedrohung durch den Nationalsozialismus gewesen, der ja offensichtlich im Wachsen war. Was hätten die gemacht? Würden Sie ausschließen, daß die Sozialdemokraten ihrerseits eine autoritäre Lösung gesucht hätten?

Nein. Deutschland ist das klare Parallelbeispiel. Wie gesagt, die ganze politische Kultur mit Ausnahme weniger Gruppen war nach Deutschland orientiert. In Deutschland hat es die Regierung Brüning gegeben, eine bürgerliche Zentrumsregierung, die Notverordnungen erlassen hat, um wirtschaftliche Fragen zu lösen, und letzten Endes auch das Parlament nicht ausgeschaltet, aber links liegen gelassen hat. Das haben die deutschen Sozialdemokraten mitgetragen und unterstützt. Nicht nur einmal – es hat über sechzig Notverordnungen gegeben, und die oppositionellen Sozialdemokraten haben im Reichstag jedes Mal, wenn es einen Antrag auf Aufhebung einer Notverordnung gegeben hat, gegen die Aufhebung gestimmt, also mit der Regierung und gegen Nationalsozialisten und Kommunisten. Etwas in dieser Art wäre auch in Österreich denkbar gewesen, wenn es

dazu gekommen wäre. Die Sozialdemokratie in Österreich hat sich immer als linker als die deutsche bezeichnet, aber ich glaube trotzdem, daß sie dasselbe getan hätten. In bezug auf den Nationalsozialismus hätten die Sozialdemokraten nicht den Gegenputsch unternommen oder eine Gegen-Machtübernahme unternommen.

Ein gewisses Notverordnungsregime hätten sie also unterstützt?
Ein Regime à la Brüning.

Aber im Konsens mit der anderen großen Partei. Nicht allein? Alleine? Sie meinen, wenn die Sozialdemokraten sozusagen die Brünings geworden wären?

Ja. Nehmen wir an, die Sozialdemokratie stellt die Regierung. Was macht sie mit ihrer Regierungsverantwortung?

Sie sucht eine Koalition. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Sozialdemokraten ohne Koalitionssuche ein Notverordnungsregime à la Brüning angefangen hätten. Es gibt keine Hinweise, daß es solche Überlegungen gegeben hätte. Sie haben immer von der Macht des Ganzen geträumt, daß sie den Staat, die Gesellschaft umgestalten.

Es waren doch sicher auch in der Sozialdemokratie autoritäre Typen dabei.

Nicht autoritäre Typen: Gewaltbereite Typen. Die haben das Linzer Programm handfest verstanden. Aber die Sozialdemokratie hätte so etwas nicht alleine gemacht. Wenn sie 1932 die Mehrheit gehabt hätte und die Christlichsozialen hätten nicht insistiert, daß sie weiterregieren, hätte die Sozialdemokratie nicht ohne Accord mit einem Koalitionspartner so etwas gemacht. Die logischen Koalitionspartner wären die Christlichsozialen gewesen.

Die Vorstellung ist ja nicht, daß die Sozialdemokratie 60 Prozent hat, denn dann ist es ja einfach. Sondern daß das System hängt, so wie es ja faktisch in der Dollfuß-Phase der Fall war, und daß es keine klare durchsetzungsfähige Mehrheit gibt.

Ich glaube, die Sozialdemokratie hätte Lösungen immer nur demokratiepolitisch gedacht.

Oder man kann kapitulieren und sagen: Dann macht ihr es doch. Das haben sie ja auch gemacht: 1920. Da bestand ja auch die Möglichkeit, die Regierung nicht zu verlassen. Die Sozialdemokraten waren in dieser Hinsicht theoretisch durch die Demokratievorstellung geprägt. Das heißt nicht, daß alle Demokraten gewesen sind, aber sie haben die Demokratievorstellung ernst genommen, auch wenn sie die demokratische Meinung dann durch Gewerkschaften beeinflusst haben, durch ›Betriebsterror‹, wie die Konservativen gesagt haben, also durch ein System von Closed Shops. Aber ich habe nirgendwo gesehen, daß sich die Sozialdemokraten solche Gedanken gemacht hätten. Im Grunde genommen waren sie nur auf ein ›Alles oder nichts‹ eingerichtet. Was dieses ›Nichts‹ ist, haben sie unterschätzt. Wenn sie eine Niederlage haben, meinen sie, daß sie eben in der Opposition sind und halt noch zehn Jahre weiter tun, und dann würden sie schon wieder zurückkommen. Aber interessant und ganz wichtig ist: Es geht ihnen nicht um eine autoritäre Regierung, ein autoritäres System, es geht nicht um einen revolutionären Bruch. Das ist der Unterschied. Die Natio-

nalsozialisten hatten die Doppelstrategie einer ›demokratischen‹ Revolution, einer Revolution, die auch vorgibt, die Legalität einzuhalten – wir nennen das ›Scheinlegalität‹. Die Legalität ist eine Frage, die immer wieder verhandelbar ist. Aber wenn es nicht anders geht, dann setzt man das mit Gewalt durch, weil die Gewalt das Volk repräsentiert. Das ist eine massendemokratische Vorstellung, eine klassische Revolutionsstrategie seit dem späten 18. Jahrhundert. Das wollen die anderen nicht.

Die Regierung?

Die autoritäre Regierung

Die Vertreter des autoritären Regierens. Ich bin der Meinung, daß das autoritäre System unglaublich durchstrukturiert ist (auch wenn es chaotisch entsteht). Das stützt sich auf den absoluten Glauben an die Legalität. Diese Leute sind Legalisten. Sie brechen nicht offen das Gesetz. Sie haben die republikanische Ordnung zwar nicht gern gehabt, aber sie brechen das Gesetz nicht. Das ist das Kennzeichen des Konservativen.

In Wirklichkeit haben sie es aber schon gemacht.

Nein, es ist aus ihrer eigenen Sicht nicht ein Bruch gewesen. Als Etikett. Man tut so, als würde man im Rahmen der Gesetze handeln.

Ja, aber warum tut man so? Weil sie Leute ansprechen wollen, die sie nur dann gewinnen, wenn sie daran glauben.

Das ist schon klar, daß man nicht sagt, wir räumen jetzt das Rechtssystem weg und setzen unser eigenes Rechtssystem an seine Stelle. Man tut, als würde man in einer Rechtskontinuität agieren und das System nur kontinuierlich transformieren. Aber in Wirklichkeit passiert es verfassungswidrig.

Die Verfassungsjuristen waren sich darüber im klaren, aber das Regime braucht ...

... das legale Mäntelchen ...

... mehr: Den legalen Mantel, nicht ›Mäntelchen‹ – es braucht diesen Mantel, um seine eigenen Anhänger zu mobilisieren und ihnen kein schlechtes Gewissen zu geben. Denn die Legalität, die Bürokratie, die den ›Ständestaat‹, das autoritäre System prägt, die ist ja eine klassische josephinisch geprägte Linie.

Aber jeder Bürokrat oder zumindest jeder Jurist weiß natürlich, daß das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz keine Basis dafür bietet, eine neue Verfassung zu erlassen.

Nein, das weiß nicht jeder Bürokrat. Und die Regierung braucht diese Beamten, sie braucht das Militär. Das Militär hat eigene Bremsen, es interveniert ungern im Inneren.

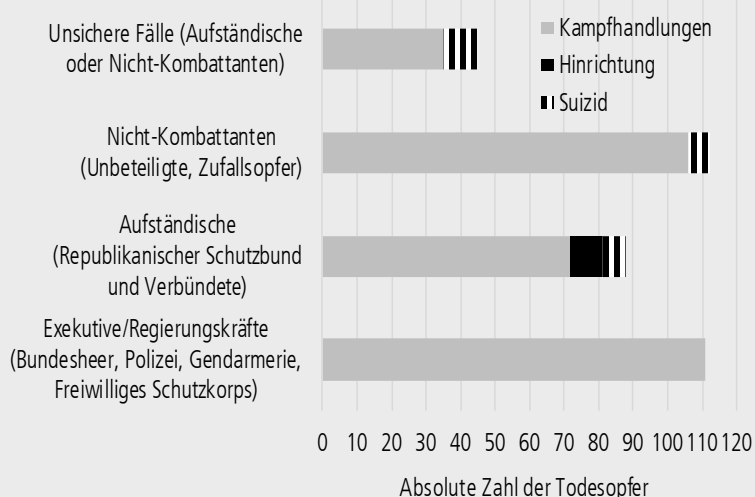
Ist das Militär nicht immer loyal?

Eben, es ist loyal. Würde man einen Bruch vollziehen, gäbe es eine alte Loyalität und eine neue. Und dann gibt es noch einen Punkt: Die Verbandsbürokratie in den christlichsozialen Milieus wird unterschätzt. Diese Leute tun weiter wie bisher, so wie sie eben immer Politik gemacht haben. Sie haben sich nicht unendlich viel um die Gesetze gekümmert, haben ihre Interessenpolitik gemacht, mit ihren Interventionen und Deals. Denen kann man nicht sagen, jetzt setzen

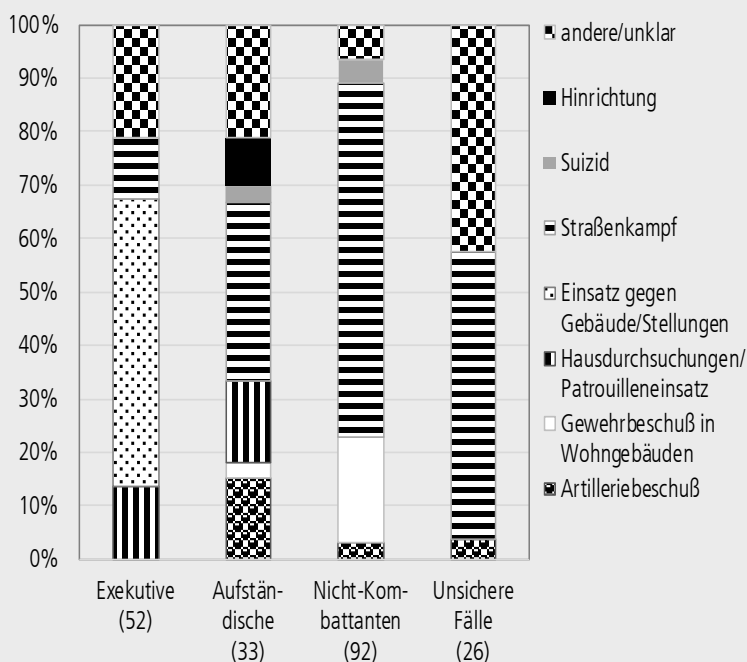
Im Interview wird auf die Studien von Kurt Bauer über den 12. Februar 1934 und die Zahlen der Todesopfer verwiesen, die im Zug eines Projekts des Zukunftsfonds der Republik Österreich »Die Opfer des Februar 1934. Sozialstrukturelle und kollektivbiografische Untersuchungen« entstanden sind. Die Ergebnisse sind auszugsweise auf kurt-bauer-geschichte.at zu lesen.

Bauers Forschungen haben folgende Ergebnisse gebracht:

- Die Zahlen der Todesopfer im Februar 1934 liegen unter den Angaben, die in den meisten Texten über das Thema zu finden sind. Sie sind nicht ganz so niedrig wie seinerzeit von der österreichischen Regierung angegeben, aber auch nicht weit darüber. Die Gesamtzahl liegt bei 350 bis 360 Personen.
- Eindeutig identifizierbar sind die Opfer unter der Exekutive (Bundesheer, Gendarmerie, Polizei) und den mit ihnen verbündeten Kräften. Auf sie entfällt knapp ein Drittel der Fälle.
- Die zivilen Opfer teilen sich auf in Personen, die eindeutig als Aufständische zu identifizieren sind (knapp ein Viertel aller Opfer), unbeteiligte Personen (knapp ein Drittel aller Opfer) und Personen, bei denen die Zuordnung unsicher ist (etwa ein Achtel aller Opfer).
- In Wien, wo es die meisten Opfer gab, zeigt sich, daß die meisten Nicht-Kombattanten zufällig bei Straßenkämpfen zu Tode kamen; auch unter den Aufständischen waren Todesopfer bei Straßenkämpfen häufig. Exekutivkräfte kamen oft beim Einsatz gegen Stellungen um.
- In den Zahlen inbegriffen sind auch Todesfälle, die nicht auf Kampfhandlungen zurückzuführen sind, nämlich 23 Suizide, neun Hinrichtungen, ein Schlaganfall und zwei Morde, also etwa 10 Prozent aller Fälle. Dazu kommt eine Anzahl von Fällen mit unklarem Hintergrund.
- Manche Einzelheiten (etwa bei Todesursachen oder Todesort) sind nicht mit völliger Sicherheit festzustellen, weshalb Abweichungen in der Größenordnung von vielleicht 5 Prozent zu rechnen ist.



Oben: Zahl der Todesopfer im Februar 1934 nach Beteiligung und Todesursachen. Unten: Todesursachen nach Beteiligung, Wien. Daten: kurt-bauer-geschichte.at. Graphik: HISTORICUM



wir einfach unsere Meinung durch. Diese Leute sind vom ganzen Habitus her sozialpartnerschaftlich denkende Konservative, die sind dazu gar nicht bereit. Die scheren sich zwar nicht besonders um die demokratische Sache und den Rechtsstaat, aber sie sind grundsätzlich gegen den Bruch. Also die Antirevolutionshaltung – nicht Revolutionsfurcht, sondern Antirevolutionshaltung! – ist ein Bindekitt und erklärt, warum dieses System funktionieren kann, ohne wirklich eine mobilisierende Basis zu haben. Die Vaterländische Front ist nur eine partielle Angelegenheit. Das autoritäre System ist in einem Maße spitzenbezogen, daß bis heute schwer zu verstehen ist, wie Dollfuß es so unglaublich zielstrebig, mit ein paar Beratern schaffen konnte, das gesamte rechtsstaatliche System umzugestalten.

Die Frage wäre, ob sie viele unverträgliche Dinge gemacht haben. Wenn man als Regierung Dinge macht, die im einfachgesetzlichen Regelungsbereich tiefgreifende Änderungen hervorrufen, wird einen das vielen Konflikten aussetzen. War das sehr provokant, was sie gemacht haben? Abgesehen davon, daß es provokant ist, wenn man unterdrückt. Aber es wurden nicht wie im nationalsozialistischen Deutschland Leute im großen Stil enteignet oder vertrieben und so weiter.

Das stimmt. Was provokant war, was die Erwartungen gestört hat, war die Aushöhlung des Föderalismus. Da hat es nur mehr ein Mäntelchen gegeben, und das hat sehr viele Konservative gestört. Zweitens war die Auflösung der Christlichsozialen Partei auch nicht so selbstverständlich. Das war eine gestandene Kultur, in Wien wahrscheinlich

weniger, aber auf dem Land, in den kleinen Orten, wurde das gelebt.

Aber man riskiert ja nicht gerade eine Revolution, wenn man im eigenen Bereich so etwas macht. Es wird nicht zu einem gewaltsamen Konflikt kommen.

Aber es kann den Druck erhöhen, daß Dollfuß abgesetzt wird.

Gilt dieser quasi-legalistische Anspruch nur für den christlichsozialen Bereich oder auch für die Heimwehr?

Die Heimwehren

Nein, für die Heimwehr, würde ich sagen, gilt das nicht.

Ist die Heimwehr revolutionär?

Ja, weil sie faschistisch ist. Für mich ist ›revolutionär‹ in dieser Hinsicht ein wichtiges Merkmal. Die Heimwehr ist eine faschistische Bewegung, die immer wieder von diesen Dingen redet und den Legalitätsbruch nicht scheut. Allerdings bringt die Heimwehr Odo Neustädter-Stürmer hervor, einen der interessantesten und unterschätztesten Politiker und auch Intellektuellen, der die Verfassung formuliert hat. Der ist wiederum ein wohlüberlegter Verwaltungsspezialist, der alles mögliche mitbedenkt und ein Technokrat des autoritären Regierens ist. Er ist kein ...

... kein Schlagedrein ...

... genau, kein Schlagedrein, aber in einer gewissen Weise würde er doch weiter gehen als Schuschnigg. Er hätte weniger Hemmungen. Aber diese Position des Legalismus, die mag Neustädter-Stürmer eigentlich nicht. Er denkt zu radikal gesellschaftsverändernd. Die Elemente der alten Verfassung, die in die Ständestaats-Verfassung eingegangen sind, dürften sehr stark von Ender gekommen sein. Und ein Punkt, den man leicht übersieht, ist auch sehr typisch: die Ständestaats-Verfassung hat einen Grundrechte-Katalog, den Neustädter-Stürmer weitgehend aus dem Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger von 1867 übernimmt. Aber, und das ist das Interessante, in der Verfassung 1934 sind diese Grundrechte immer wieder mit der Bestimmung versehen ›Ausnahmen bestimmt das Gesetz‹. Das ist interessant, weil es ja einen Unterschied zum Nationalsozialismus macht, der diese Vorgangsweise nicht kennt. Der schert sich überhaupt nicht um eine Neukonzeption der Verfassung, sondern setzt sich darüber hinweg. Aber der Ständestaat, der autoritär funktioniert und in der Polizei- und Verwaltungspraxis brutal und gesetzesbrecherisch und diktatorisch regiert, der legt sich eigene Spielregeln auf.

Er tut noch so, als ob.

Nein. Er gibt sich Spielregeln, die er in jedem Einzelfall brechen müßte. Das ist ein Unterschied zu einem System, in dem es keine Spielregeln gibt. Im Nationalsozialismus ist das oberste Prinzip (nach dem Verfassungsrechtler Ernst Rudolf Huber) der ›Volkswille‹, identisch mit dem ›Führerwillen‹. Das ist etwas völlig anders.

Es ist aber eine eigene Art von Spielregeln. Wenn man ein verfassungsgesetzliches Recht unter Gesetzesvorbehalt festlegt und die

Gesetze de facto von der Regierung gemacht werden, gibt es zwar ein Recht, aber in Wirklichkeit ist es wertlos. Diese Gesetzesvorbehalte gehen ja viel weiter als im Staatsgrundgesetz 1867, wo es sie in einzelnen Artikeln auch gibt (und begründbar gibt).

Nein, es ist anders. Es gibt in dieser Verfassung Rechte, die weiterbestehen und jeweils direkt im Einzelbereich ausgehebelt werden müssen. Das ist deswegen so, weil das Regime anders als das nationalsozialistische Regime ist. Der ›Volkswille‹ im Nationalsozialismus ist frei gestaltbar, im ständestaatlich-autoritären System nicht.

Wo liegt bei der Heimwehr die Legitimationsgrundlage des politischen Handelns? Im Korneuburger Eid geht es um die führenden Personen, die ›fähigsten, bewährtesten Männer unserer Volksbewegung‹ und so weiter, die Entscheidungen treffen sollen. Aber es geht dabei um das ›Volksganze‹, um die Notwendigkeiten der ›Volksgemeinschaft‹ und so weiter. Jetzt könnte man sagen, die autoritären Anführer behaupten zu wissen, was gut für das Volk ist. Aber die Legitimation liegt natürlich trotzdem in der Behauptung, daß man in Einklang mit der Mehrheit oder der Gesamtheit steht.

Mit dem Volk, der ›Volksgemeinschaft‹.

Ja, mit allen. Also man will nicht die Diktatur einer heimatschützerei-Minderheit, sondern man handelt vorgeblich als Vertreter ...

... genau: Eines vorgestellten Volkes.

Man ist die Verkörperung des ›Volkswillens‹.

Genau.

Aber wenn man jetzt von den Formalien der Entscheidungsfindung (Wahlen und so weiter) absieht – es ist das eben antiparlamentarisch –, dann ist das doch letzten Endes zumindest in der Legitimation ähnlich wie ein demokratischer Anspruch: Wir vertreten das Volk, wir tun ja nur das, was das Volk will.

Ja. Der Faschismus ist ohne Demokratie und vorhergehende Massenmobilisierung der Menschen für Demokratie und moderne Politik nicht denkbar, auch nicht ohne enttäuschte Revolutionserwartungen.

Aber dann liegt der Unterschied zwischen den Heimwehren und den Christlichsozialen doch eigentlich nicht so sehr in der Legitimation aus dem politischen Willen der Bevölkerung, sondern mehr in der eher prozeduralen Frage, ob sich dieser Wille der Bevölkerung über Wahlen und in einer parlamentarischen Vertretung zum Ausdruck bringen kann. Es geht ja sogar noch weiter, denn die Heimwehrleute reden ja vom ›Volksganzen‹, während die Christlichsozialen mit der Mehrheit zufrieden waren – eine normale Partei weiß natürlich, daß die Vertretung des ›Volksganzen‹ illusorisch ist, man kann bestenfalls eine Mehrheit bekommen.

Ja, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Aber es ist noch etwas anderes zu bedenken, nämlich daß dieser Korneuburger Eid ein Kompromiß ist. Walter Heinrich hat ihn geschrieben, aber davor wurde mit den verschiedenen Richtungen verhandelt, mit dem Ergebnis, daß alle möglichen deutsch-nationalen und sonstige antidemokratischen Elemente vorkommen. Der Text ist nicht einmal einhellig angenommen worden.

Wer waren die Nicht-Faschisten in der Heimwehr?

Die Niederösterreicher unter Raab waren im Grunde nicht einverstanden mit dieser Linie.

Was sind die dann? Einfach Konservative?

Ja.

Oder ist da das folkloristische Element wichtig?

Nein, das waren konservative Christlichsoziale.

Die sich halt uniformiert haben?

Die sich uniformiert und einige dieser Dinge übernommen haben. Klar. Jede Heimwehr hat eine andere Mischung gehabt.

Also es gibt ein Kontinuum von Positionen. Wer sind die extremen Leute?

Die vehementesten faschismusartigen oder faschistischen Heimwehrleute sind die steirischen, der Steirische Heimatschutz, der dann nicht zufälligerweise die nationalsozialistische Option gewählt hat.

Und schon 1931 den Putsch probiert.

Die haben auch schon vorher immer davon geredet. Das war schon lange vorgedacht und vorbereitet, die schießen oder kämpfen im kleinen. Schon die Sozialdemokraten marschieren dagegen auf.

Wo ordnen Sie Fey ein?

Fey nimmt eine andere Art von extremer Position ein. Er vertritt meiner Meinung nach eher das, was ich einmal früher, nicht ganz passend, »Offiziersfaschismus« genannt habe – er war ja Offizier der Monarchie. Trotzdem: Es ist nicht möglich, den Faschismus sozialstrukturell auf ein bestimmtes Bevölkerungssegment festzulegen, wie ich das vor dreißig Jahren noch geglaubt habe, tun zu können. Die Nationalsozialisten sind eine asymmetrische Volkspartei; wenn man den Anspruch erhebt, das »Volksganze« zu repräsentieren, muß man das auch einigermaßen in den Wahlen oder in den Funktionen und auch eben in der Interessenpolitik tun. Und die Heimwehren erfüllen dieses Kriterium, das die Nationalsozialisten ab einer bestimmten Phase erfüllt haben, genauso stark. Die Heimwehren sind nicht eine Bauernbewegung, von ihrer Wählerschaft her gesehen.

Nicht die österreichischen Nationalsozialisten im speziellen, aber der deutsche Nationalsozialismus kommt doch wahrscheinlich 1938 oder 1939 dieser Idee einer Gesamtrepräsentation relativ nahe. In dieser Zeit ist es doch sicher hoch konsensträchtig, was die machen. Die Unterstützung in der Bevölkerung ist zwar natürlich nicht hundertprozentig, aber umfaßt doch wahrscheinlich eine große Mehrheit. So etwas kann die Heimwehr doch kaum je erreicht haben.

Sie dürfen nicht übersehen, die Zustimmung 1938 oder 1939 fällt in die Zeit nach der Machtübernahme. In Italien gibt es ein ähnliches Phänomen, »gli anni del consenso«. Als Oppositionspartei hatte die NSDAP ja nie eine absolute Mehrheit erreicht. Die Wähler der Heimwehr sind sozialstrukturell ähnlich wie die der Nationalsozialisten. Aber die Abgeordneten, die sie berufen haben (sie nehmen auch Frauen hinein), das waren nicht nur Offiziere und Aristokraten. Sie haben auch Arbeiter (Gutsarbeiter oder Forstarbeiter); die werden bezahlt, sind nicht unbedingt freiwillig dort – aber sie haben ein Arbeitersegment. Also, die Heimwehren haben in Tirol, Oberösterreich, in der Steiermark sowieso noch stärker, eine populistische Linie. Wien ist anders, die

Wiener Heimwehr ist wahrscheinlich nur der Rest, den die Sozialdemokratie übrigläßt.

Aber es ist ja wieder auffällig, daß die niederösterreichische Heimwehr eher konservativ als populistisch ist. Das ist doch eine frappante Kontinuität, daß der Populismus in Niederösterreich es verhältnismäßig schwer hat. Niederösterreich ist bis in die jüngere Vergangenheit ein schwieriges Pflaster für populistische Politik, wie man an den FPÖ-Ergebnissen sieht.

Es gibt noch einen anderen Populismus, den schwarzen Populismus. Der ist anders.

Sie meinen auf der einen Seite den Populismus, der ans Ressentiment appelliert, und auf der anderen Seite den Populismus, der eher Geschenke verteilt?

Genau. Aber die FPÖ ist nicht nur mit Populismus zu erklären. Die FPÖ repräsentiert immer noch ein soziales Segment, das gegen bestimmte Elemente der traditionellen Gesellschaft ist: Gegen die Kirche (da können sie sich noch so gut mit der Kirche verbünden); gegen bestimmte Formalkriterien in der Politik (das ist, was ihren Populismus ausmacht), auch die autoritären Lösungen.

Die Grundlage ist doch wohl eine diffuse Unzufriedenheit und Enttäuschung oder natürlich auch die Sorge, daß Erwartungen zukünftig enttäuscht werden könnten.

Die FPÖ erfüllt heute in dieser Hinsicht tatsächlich ein Bedürfnis. Früher haben es – ganz anders – die Nationalsozialisten getan, und die Heimwehr auch. Man kann also die Mehrheit der FPÖ-Wähler nicht alle dem Faschismus zuordnen, sondern muß diesen mentalen Hintergrund verstehen.

Wird das Bedürfnis einer nicht integrierten Gesellschaft, integriert zu werden, in einem Milieu wie zum Beispiel in Niederösterreich besser erfüllt, weil vielleicht das katholisch-agrarische Milieu mehr leistet, während es in Gesellschaften wie im alpinen Bereich vielleicht anomischer zugeht? Sodaß dort andere Angebote diesen Bedarf besser erfüllen? Ist das möglich?

Ja, glaube ich schon.

Und gilt das auch für die Heimwehr? Daß die dieses alternative, nicht-traditionelle Angebot verkörpert?

Ja. Die Heimwehr ist zwar meistens mit der Kirche verbunden, mit den zeremoniellen Angelegenheiten. Aber beispielsweise der Steirische Heimatschutz, also die radikalen Versionen sind eher antiklerikal, ähnlich wie die Nationalsozialisten. Aber bei den Heimwehren haben wir Politikhistoriker oder Gesellschaftshistoriker das Problem, daß wir eigentlich immer von Konstrukten reden. Die Heimwehr war extrem heterogen; man sieht das an den einzelnen Bundesländerheimwehren, die es nicht geschafft haben, wirklich homogen zu werden. Wenn die Heimwehren es geschafft hätten, sich zusammenzufassen, dann wäre die Heimwehr einfach entweder populistisch oder eben faschistisch gewesen. Die Nationalsozialisten haben ihre Transformation von mehreren Versionen nationaldemokratischen und nationalsozialistischen, »völkischen«, nationalkonservativen und antisemitischen Randalierern et cetera zur straff geführt auftretenden – wie ich sage: asymmetrischen – »Volks«-Partei, in eine faschistische Partei mit einem

Anerkennung findenden charismatischen Führer geschafft, aber schließlich nicht ohne Nachhelfen von Deutschland und von Hitler. Gäbe es diese Einigung des Nationalsozialismus in mehreren Ansätzen (bis 1938) nicht, würde man genauso sagen, der Nationalsozialismus sei ein zusammengewürfelter Haufen wie die Heimwehrrn gewesen. Lothar Höbelt sagt immer, das dritte Lager ist völlig zerstritten – der Streit, die Nichteinigung sei dort das Element des Wandels.

Stimmt ja auch.

Schon. Hätten sie es geschafft, sich durch einen Schönerer zusammenzubinden, dann wäre das weggefallen. Erst im nachhinein, weil die Nationalsozialisten es geschafft haben, die Vielzahl der nationalsozialistischen Strömungen zu einigen, denken wir in homogenen Kategorien.

Wird die Heimwehr ein Opfer der Nationalsozialisten?

Aufstieg der Nationalsozialisten

Die Heimwehr unterstützt Dollfuß erst in der Phase, in der sie schwindet. Das heißt eine zerbrechende Bewegung oder eine Bewegung im Abstieg wendet sich der Regierung zu. Sie wird von den Nationalsozialisten schon vor 1933 zu einem nicht geringen Teil aufgesogen. Das ist ganz evident. Die Nationalsozialisten bieten offensichtlich eher die Antworten, die diese Gesellschaft erwartet, und sind damit attraktiver.

Liegt es am deutschen Vorbild? Daß die Lage in Deutschland besser ist?

Nein. Die Heimwehr war nicht extrem deutschnational. Und es geht in Österreich schon ab 1932 los. Die Landtags- und Gemeinderatswahlen im April 1932 liegen noch vor dem ganz großen Wahlsieg Hitlers. Da beginnt die Geschichte bereits zu rutschen, und die Frage ist, ob es in erster Linie an der Organisation liegt oder an der Ideologie der Partei oder ob sich das Wählerverhalten selbst ändert.

Irgendwie muß sich die Wahrnehmung verändert haben. 1932 gibt es noch kein deutsches Wirtschaftswunder, schon gar kein nationalsozialistisches. 1935 oder 1936 wäre es verständlich, daß jemand Deutschland als Vorbild wahrnimmt. Was hat 1932 eine Rolle gespielt?

1932 und vor allem 1933 gibt es das Vorbild der ›harten‹ Regierung. Das ist endlich einer, der Lösungen verspricht und sagt, was möglich ist, und der Optimismus und Stärke verkörpert. Das Wirtschaftswunder kommt erst nach 1936.

Ob sie deutschnational sind, ist dabei sekundär? Es geht um Existenzsorgen – daß man arbeitslos ist oder daß man fürchtet, arbeitslos zu werden. Ist das so?

In Wien hat der Nationalsozialismus im April 1932 geradezu flächendeckend die Hochburgen oder die Bezirke übernommen, die bis dahin dominant deutschnational gewesen sind. Das sind die Beamten, die Intelligenz, diese Schichten. Die Nationalsozialisten übernehmen sie total und haben dort die großen Gewinne. Das sind die Bezirke Innerhalb des Gürtels, die heute ›grün‹ geworden sind. Die Nationalsozialisten haben in Wien nicht in den proletarischen Bezirken gewonnen.

Sind in den früher großdeutschen Bezirken die NSDAP-Wähler auch

wirklich die früheren großdeutschen Wähler, die Honoratioren, die Mittelschichtler? Es könnten dort ja auch andere Wählergruppen radikalisiert worden sein.

›Wirklich‹ ... Ich weiß schon, der ökologische Korrelationsfehler in der historischen Wahlforschung ... Nein, das ist ziemlich sicher, das wird nicht nur bei Danneberg ausgeführt, es ist auch die Meinung von Dirk Hänisch in seinem *Die österreichischen NSDAP-Wähler* (1998). Man sieht es an den Gegenbeispielen der roten Bezirke, selbst Simmering zum Beispiel.

Wenn die NSDAP proletarisch wäre, müßte sie dort auch gewinnen.

Ja. Aber dort sind auch die Ränder des Proletariats, die ›unterkleinbürgerlichen‹ Schichten, stabiler christlichsozial geblieben und nicht nationalsozialistisch geworden.

Aber auf dem Land wäre doch zu vermuten, daß das ländliche Proletariat die nationalsozialistische Option gesehen hat und auch zum Teil genützt hat.

Was heißt ›ländliches Proletariat‹?

Forstarbeiter. Agrarproletariat. Auch Dienstboten, warum nicht.

Die wählen immer noch die Partei des Patrons, solange der die Macht hat. Und die Frauen sind auf der alleruntersten Ebene.

Die werden aber trotzdem nicht Nationalsozialistinnen.

Jedenfalls lange nicht. Das ist eine große Frage.

Die bleiben noch am ehesten katholisch.

Am ehesten. Aber nicht ganz. Denn warum werden die Frauen bei den Nationalsozialisten immer stärker, auch in Österreich, je mehr die Zeit fortschreitet?

Weil die Anteile überhaupt steigen. Aber im großen und ganzen ist es doch auffällig, auch wenn man sich Populisten heute anschaut, bis hin zu Trump, daß Frauen offensichtlich für diese Dinge weniger empfänglich sind als Männer. Das ist doch eigentlich erstaunlich, weil in der Interessenlage ja nicht so viel Unterschied besteht. Gibt es so etwas wie Ansprechbarkeit und Abgestoßenwerden durch rabiates Auftreten?

Das habe ich auch lange geglaubt. Die Frauenhistorikerinnen legen sich da nicht mehr so eindeutig fest. Natürlich, nicht die Frauen haben Hitler zur Macht gebracht. Aber die Frauen sind nicht nur die Gezwungenen.

Es geht immer um Wahrscheinlichkeiten, klar.

Ich glaube, es ist schon etwas dran. Ich war immer der Meinung, daß Frauen per se keine extreme Partei wählen, nicht nur wegen des extremen, gewaltbereiten, machistischen Habitus, obwohl das eine große Rolle spielt. Es liegt auch daran, daß sie es nicht riskieren können, in einer noch mehrheitlich anders orientierten Gesellschaft eine zusätzliche Opposition zu ihrer Existenz als Frau zu haben. Nach der Machtübernahme, wenn alle für den Nationalsozialismus sind, dann können Frauen auch Nationalsozialistinnen sein. Wenn sie aber Nationalsozialistinnen sind, während die Mehrheit ihrer Umgebung noch nicht nationalsozialistisch ist, dann wird das negativ sanktioniert.

Das hieße, daß die Konfliktbereitschaft bei den Frauen geringer wäre?

Autoritäre Politik

Scheinbar eine klare Frage, aber nicht ohne weiteres zu beantworten. Der ›Ständestaat‹ hat übrigens mehr Frauen gewonnen, mit einer Frauenpolitik, wie auch Mussolini sie gemacht hat.

Damit gleich zu den Politikinhalten. Es gibt im Ständestaat natürlich eine große Zahl an gesetzlichen Regelungen oder Verordnungen. Das sind einerseits herrschaftssichernde Maßnahmen – Einschränkung der politischen Partizipation, Verbot von Parteien, Einrichtung einer Einheitsgewerkschaft und so weiter –, wie sie für Diktaturen typisch sind. Gibt es abgesehen von diesen Dingen in den verschiedenen Sachbereichen eine Politik, die nur unter einer Diktatur möglich sind? Und wie wären die dann ideologisch geprägt? Gibt es Maßnahmen, die man als ›faschistisch‹ bezeichnen kann, so wie es in Deutschland Gesetze gibt, die man eindeutig als nationalsozialistisch einstufen muß? Oder wird halt einfach ohne viel Ideologie dahinadministriert?

Also wo sicher das autoritäre System am ehesten noch bei Mussolini ist, ist die Behandlung der Gegner. Die Gegner werden unterdrückt, die Mittel sind Willkürjustiz und Maßnahmen eines Polizeistaats. (Die Heimwehren erfüllen etwa die gewalttätige, terrorisierende Funktion der italienischen ›squadri‹.)

Schon, das ist eben die Herrschaftssicherung. Aber wie sieht es sonst aus: Gibt es eine Wirtschaftspolitik, die einen bestimmten Hautgout hat, oder eine Bildungspolitik, eine Sozialpolitik, die es unter einer demokratisch legitimierten Regierung kaum so geben könnte? Die es nur geben kann, weil es sich um eine Diktatur handelt, die ihre ideologischen Positionen umsetzen kann?

Typisch ist, daß das autoritäre System unterhalb des undemokratischen staatlichen Milieus versucht, das ›ständische‹ Ausverhandeln zum Prinzip zu erheben. Der ›Ständestaat‹ ist ja nicht nur die verfassungspolitische Definition der Stände. Die erfolgt bezeichnender Weise im übrigen innerhalb des ›Bundwirtschaftsrats‹ aus der ›real existierenden‹ Wirtschaft heraus. Aber die ›Berufsstände‹ sind auch zu einem Teil Akteure des politischen Prozesses.

Also ein eigener Modus der Entscheidungsfindung. Das sagt aber wohl noch nicht, welche Entscheidungen fallen? Vielleicht tendiert ein quasi sozialpartnerschaftliches Ausverhandeln in Richtung Kompromiß, aber die Entscheidungen müssen damit noch nicht einen bestimmten Inhalt bekommen. Man kann sich ja auch woanders treffen.

Neustädter-Stürmer schreibt selber, warum dieses System in bestimmten Belangen gescheitert ist: Er schreibt, das sei deswegen so gewesen, weil es bestimmte ›Stände‹ gegeben habe, die nicht imstande waren, sich intern zusammenzuschließen und sozusagen einen Willen zu bilden. Aber die Meinungsbildung und dadurch auch eine gewisse inhaltliche Akzentsetzung werden von diesem autoritären System sehr wohl geprägt, weil das System ja zum großen Teil von oben gelenkt wird.

Weil die Ernennungen hauptsächlich der Bundeskanzler macht. Nur. Das ist fast ein alt-absolutes System. Dollfuß, genauso wie Salazar, war seinen formalen Kompetenzen nach ein

›starker Führer‹, wie António Pinto betont. Im Gegensatz dazu war Hitler so kein ›starker Führer‹ – er war mächtig, katastrophal mächtig, hat aber relativ wenige formale Kompetenzen gehabt. Bei Dollfuß war das extrem zugespitzt. Es ist kaum vorstellbar, was für einen Stab an Leuten er gebraucht haben muß, um seine Machtfülle auszuüben. Aber es hat funktioniert, mit der bestehenden Bürokratie, die auch vorher bei allen anderen Regierungen funktioniert hat.

Wo ist das Ständische umgesetzt?

Elemente davon gibt es auch schon vorher, in Ländern wie Niederösterreich, Salzburg, Oberösterreich, die solche Verhandlungsprinzipien und eine solche Kultur des Kompromisses und des Aushandelns gepflogen haben. Das schließt auch die Sozialdemokraten außerhalb Wiens ein. Es gilt auch für Interessenvertretungen, zum Beispiel und gerade für die Landwirtschaftskammer. Ideologisch gibt es dann die Vorstellung ›wir sind ein Ganzes‹ (bei den Nationalsozialisten ist es die ›Volksgemeinschaft‹). Es funktioniert nicht überall gleich – am besten bei den Bauern –, aber es funktioniert. Die spricht ja Dollfuß 1933 bei seiner Rede auf dem Trabrennplatz an, durch die Wiederbelebung eines alten rückwärts gewandten Familienidylls: Herr und Knecht essen gemeinsam aus einer Schüssel unter dem Kreuz.

Die Entscheidungsprozesse werden verändert, die Entscheidungen fallen nicht in einem gewählten Parlament, sondern in Gremien, die man ›Stände‹ nennt und die vom Bundeskanzler ernannt sind. Es ist also ein anderes Verfahren, und es ist autoritär, weil eben eine Person alle diese Ernennungen machen darf. Jetzt ist die Frage: Wird das genutzt, um Maßnahmen zu setzen, die unter anderen Randbedingungen unterbleiben müßten?

Der ›Ständestaat‹ unterdrückt und schaltet die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und das unbotmäßige Parlament aus, ohne die liberalen Medien und Wissenschaftler. Er legt mit Gesetzen und mit Knüppeln und mit Entlassungen die Opposition still.

Gut, er ist eine Diktatur. Aber was macht diese Diktatur mit dem, was sie tun kann, weil sie eine Diktatur ist? Macht sie im Vergleich zur vorherigen Zeit einfach more of the same, oder macht sie, gerade weil sie jetzt die Möglichkeiten hat, etwas was in der Demokratie nicht möglich gewesen wäre? Was machen Dollfuß und Schuschnigg?

Ich würde sagen, eine Regierungsform, die die Diktatur als offenes Prinzip erhebt, hat kein anderes oberstes Vorhaben als die Diktatur. In Österreich macht man aus der Diktatur eben das, was auch die Deutschen machen, was die Sowjetunion macht. Die halten die gegnerische Seite klein, oder vernichten sie.

Das wäre Diktatur als Selbstzweck. Aber die deutsche Diktatur beschränkt sich ja nicht darauf, daß sie den politischen Gegner verfolgt und womöglich umbringt, sondern die machen ja noch viel mehr; die Sowjets auch. Die greifen ja in alles Mögliche ein. Gibt es Maßnahmen ähnlich wie im Nationalsozialismus, der eine charakteristische Wirtschaftspolitik verfolgt, oder eben auch die fiskalpolitische Bankrotteurspolitik, dann natürlich die rassistischen Maßnahmen, die außenpolitische Aggression und so weiter. Man kann eine lange



Karl-Marx-Hof, Wien-Heiligenstadt: Hissen der weißen Fahne. Bild: Das interessante Blatt, 22.2.1934, 2.

Liste mit Politikergebnissen und Inhalten nennen, die den Nationalsozialismus charakterisieren. Wie ist das beim Ständestaat?

Diese Diktatur als Zweck für etwas gibt es natürlich schon. In Österreich könnte man zugespitzt sagen: eine neoliberale Wirtschaftspolitik mit anderen Mitteln. Oder sagen wir so: Sie versucht eine Austeritätspolitik. Sie machen sich durch aus Gedanken, wie man die Wirtschaft ankurbeln kann. Und natürlich Rückkehr zu einem konservativen vormodernen Gesellschaftsbild, eine katholische Gegenreformation, aber die Gesellschaft im 20. Jahrhundert ist schon etwas anderes. Konkret ist das vor allem Interessenpolitik für die Großagrarien, die Forstbesitzer von der Heimwehr.

Die Austeritätspolitik und die paar zögerlichen Investitionen hätte die österreichische Regierung doch auch ohne Diktatur machen können und höchstwahrscheinlich gemacht. Gibt es abgesehen von der Fiskalpolitik ein wirtschaftspolitisches, ein marktwirtschaftspolitisches Profil? Ein sozialpolitisches? Gibt es auch etwas Faschistisches?

Das ist deswegen beim Schuschnigg-Regime schwierig, weil Schuschnigg zu wenig lang an der Macht bleibt.

Der Verfassungsbruch 1933 war doch nicht einmal fünf Wochen, nachdem Hitler an die Macht gekommen ist. Wenn man vergleicht, was sich bis zum »Anschluß« in Deutschland verändert hat, war eigentlich viel Zeit für Veränderung.

Sie dürfen nicht übersehen, daß der Nationalsozialismus in der Form, in der er entstanden ist, nur in einem großen, mächtigen Staat entstehen konnte. Es gilt auch für Mussolini. Ein kleines Land wie Österreich kann sich nicht ohne weiteres über alle Limitationen hinwegsetzen, wie es die Deutschen getan haben. Dieses Regime war ständig unter

Beobachtung der internationalen Öffentlichkeit und Wirtschaft. Und die internationale Öffentlichkeit besteht nicht nur aus Mussolini und Hitler, sondern da spielen auch die westlichen Demokratien eine Rolle, die letzten Endes auch die Wirtschaftspolitik in Österreich stärker als Mussolini geprägt haben. Das ist ein wichtiger Unterschied.

Wenn man es mit anderen autoritär regierten Ländern ähnlicher Größe wie Portugal oder Ungarn vergleicht, gibt es da markante Unterschiede im sachpolitischen Ergebnis?

Es ist weitgehend parallel. Diese von den Machträgern her ausgehende Umgestaltung unter Verwendung der Gesetze, also diese legalistische Vorgangsweise unter massivem Einsatz der bestehenden Bürokratie geht in gleicher Weise vor sich. In Portugal gibt es dann auch sozialpolitische Maßnahmen in der Familienpolitik und der Frauenpolitik. Frauen bekommen eine ideologisch definierte Rolle – sie sind natürlich überwiegend berufstätig, viele sind Landarbeiterinnen (das ist ja ein stark agrarisches Land), aber es prägt das Bewußtsein, wenn man die Frauen als Keimzelle der Nation darstellt. Dann gibt es in Portugal Modernisierungsprojekte, ähnlich wie unter Mussolini, im Bereich Landwirtschaft und ländliche Infrastruktur.

Sind auch Dinge dabei, die zum Beispiel die Sozialdemokratie klar abgelehnt hätte? Eine agrarische Modernisierung wird die Sozialdemokratie ja nicht ablehnen.

Würde sie so abgelehnt haben, aber: Im Vordergrund stehen eben Dinge wie die Unterdrückung der Gegner, die besondere Rolle der katholischen Kirche, und noch etwas, was auch nach 1945 eine große Debatte ausgelöst hat und von der Linken, außer von den Kommunisten, attackiert worden ist: die Schaffung eines Nationsbewußtseins.

Das ist im Ständestaat aber wohl Teil der Herrschaftsstabilisierung und der Immunisierung gegen die deutsche Aggression.

Natürlich, warum soll das selbstlos sein? Erfolgreiche Politik braucht immer auch eine Lösung aus Augenblicksinteressen heraus. Das ist im »Ständestaat« so wie überall anders auch. Ist ihm aber nicht gelungen.

Danke für das Gespräch.

Anmerkungen

1. Karl Haas, Industrielle Interessenpolitik in Österreich zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, *Jahrbuch für Zeitgeschichte* 1978, 97–126, hier 114.
2. Gesetz vom 24. Juli 1917, RGBl 307/1917.

Das Interview führte Michael Pammer (7. Juni 2016).

em. o. Univ. Prof. Dr. Gerhard Botz, Ludwig Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft und Institut für Zeitgeschichte, Universitätscampus, Spitalgasse 2–4, Hof 1, Eing. 1.13, 1090 Wien, gerhard.bots@univie.ac.at

Empfohlene Zitierweise:

Gerhard Botz über Die österreichische Diktatur. Interview, *HISTORICUM N. F. III–IV* (2017), 26–41.